

Für eine Summe von 4,5 Milliarden US-Dollar kauft **Wells Fargo** die Anteile des Versicherungs- und Finanzunternehmens **Prudential Financial** an einem Gemeinschaftsunternehmen für Retail Brokerage, das unter anderem das Brokerhaus **Wells Fargo Advisors** umfasst. Letzteres entstand 2003 aus dem Zusammenschluss zweier Sparten von Prudential und der US-Bank **Wachovia**.

Nach einer dritten Finanzspritze in Höhe von 3,8 Milliarden US-Dollar ist die **US-amerikanische Regierung** nun Mehrheitsaktionär des Autofinanziers **GMAC**. Vonstatten ging die Transaktion durch die Umwandlung von Hybridkapital im Volumen von drei Milliarden US-Dollar. Zuvor war der Finanzdienstleister bereits mit insgesamt 12,5 Milliarden US-Dollar gestützt worden.

Seine Beteiligung an der **NRW-Bank**, Düsseldorf, hat das **Land Nordrhein-Westfalen** im Zuge eines per 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Gesetzes von 64,74 auf nunmehr 98,6 Prozent ausgebaut. Der Anteil erhöhte sich durch die Aufhebung der Zweckbindung des Wohnungsbauvermögens des Landes in Höhe von 18,8 Milliarden Euro. Parallel verwässerten die Anteile der beiden **Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe** auf jeweils 0,7 Prozent.

Die **Sumitomo Mitsui Financial Group (SMFG)**, der Bilanzsumme nach die drittgrößte Bank Japans, gibt für bis zu 889 Milliarden Yen (umgerechnet 6,7 Milliarden Euro) neue Stammaktien aus. Bei einer Marktkapitalisierung von 2,85 Billionen Yen entspricht dies einer Verwässerung der Anteile um rund 31 Prozent. Zum Konsortium gehören die neue SMFG-Brochertochter **Nikko Cordial Securities** sowie **Goldman Sachs International, Citigroup Global Markets und Barclays Bank**. Zuletzt hatte SMFG ihr Kapital im Juli um 807 Milliarden Yen aufgestockt. Zugleich will Goldman Sachs SMFG-Vorzugsaktien in Stammaktien im Wert von 100 Milliarden Yen wandeln.

Virgin Money übernimmt mit **Church House** eine kleine Privatbank und steigt damit in den Retail-Banking-Sektor Großbritanniens ein. Die entsprechende Genehmigung hat die Finanzaufsichtsbehörde des Landes erteilt. Bereits im Oktober 2009 hatte die Tochter des Unternehmenskon-

6. Januar 2010 bis 21. Januar 2010

glomerats **Virgin** des britischen Unternehmers Richard Branson eine Vollbanklizenz beantragt. Beim Gebot für die zwangsverstaatlichte Hypothekenbank **Northern Rock** war Virgin Money im vergangenen Jahr nicht zum Zuge gekommen.

Die zu 84 Prozent verstaatlichte britische Großbank **Royal Bank of Scotland (RBS)** verkauft einen Teil ihres Vermögensverwaltungsgeschäfts an **Aberdeen Asset Management**. Als Kaufpreis für das Dachhedgefonds- und Multimanagementgeschäft werden 84,7 Millionen britische Pfund (umgerechnet rund 93 Millionen Euro) genannt. Aberdeen begibt zur Finanzierung rund 84 Millionen neue Aktien.

Nach dem Wertverfall der von der aufgelösten US-Bank **Lehman** ausgegebenen Zertifikate hatte die **Frankfurter Sparkasse** allen Kunden, die bei ihr Zertifikate von Lehman Brothers gekauft haben, den Rückkauf dieser Papiere zu 50 Prozent des Nominalwertes angeboten. Insgesamt 4 600 beziehungsweise 92 Prozent der 5 000 betroffenen Kunden haben dieses Angebot angenommen, heißt es von der Helaba-Tochter.

Der Bonner Unternehmer **Frank Asbeck**, Vorstandsvorsitzender der Solarworld AG, Bonn, hat Ende vergangenen Jahres einen Anteil von neun Prozent an der **Hauk & Aufhäuser Privatbankiers KGaA**, Frankfurt am Main, erworben. Ein Kaufpreis wurde nicht genannt. Gleichzeitig ist mit dem Münchener Versicherungsverein **WWK** der letzte institutionelle Investor aus dem Aktionärskreis des Instituts ausgeschieden.

Von ihrer Vermögensverwaltungs-Tochter **Merck Finck Invest Asset Management GmbH** trennt sich die zur **Kreditbank Luxembourg (KBL)** gehörende Privatbank **Merck Finck & Co.**, München. Das Unternehmen wurde Anfang Januar dieses Jahres an Angestellte verkauft und firmiert künftig unter **MFI Asset Management GmbH**. Ein Kaufpreis wurde nicht genannt. Im Rahmen der Transaktion wurde das Kapital im Dezember 2009 von 2,6 auf 0,3 Millionen Euro herabgesetzt.

Die **US-amerikanische Regierung** hat die Einführung einer Sonderabgabe für Banken mit Vermögenswerten von mehr als 50 Milliarden US-Dollar angekündigt. Durch das Vorhaben sollen die Staatskassen in den kommenden zehn Jahren mit rund 90 Milliarden US-Dollar aufgefüllt und somit die durch den im Oktober vergangenen Jahres verabschiedeten Bankenrettungsplan **Troubled Assets Relief Program (Tarp)** entstandenen Kosten ausgeglichen werden.

Die Genehmigung durch die chinesische Versicherungsaufsicht **China Insurance Regulatory Commission (CIRC)** ermöglicht es der **Allianz SE**, München, ihre bestehende Niederlassung **Allianz Insurance Company Guangzhou Branch** in ein Tochterunternehmen umzuwandeln. Darauf basierend sollen nun die Aktivitäten auf die Provinzen des Landes ausgeweitet werden. Das Unternehmen ist in dem asiatischen Land seit 1999 mit dem Lebens- und seit 2003 mit dem Sachversicherungsgeschäft vertreten.

Ihre Geschäftsbeziehung mit dem auf Postbanken und Postorganisationen sowie andere Kreditinstitute fokussierten Zahlungsverkehrsdienstleister **Eurogiro** baut die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, weiter aus und übernimmt im Rahmen einer Kapitalerhöhung einen Anteil von acht Prozent an dem Anbieter. Das Frankfurter Geldhaus arbeitet bereits seit gut zehn Jahren mit Eurogiro zusammen. So führt sie für Eurogiro-Mitglieder das Settlement im US-Zahlungsverkehr durch und ist auch im Aufsichtsrat des Unternehmens vertreten. Das Leistungsangebot der Deutschen Bank soll nun um Settlementleistungen in mehreren Währungen ergänzt werden.

Die **Hypo Real Estate Holding AG (HRE)**, München, hat in Abstimmung mit dem **Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin)** bei der **Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA)** einen Antrag auf Errichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögensgegenständen gestellt. In diese will der HRE-Konzern Geschäftsbereiche, die für die Neuausrichtung des Unternehmens nicht strategienotwendig sind, und weitere Bilanzpositionen auslagern. Die Übertragung soll im zweiten Halbjahr 2010 nach Genehmigung aller erforderlichen Institutionen und Organe erfolgen und Vermögenswerte bis zu 210 Milliarden Euro umfassen. ■